

Kinderbetreuung: Auch Private hoffen auf mehr Gehalt

2023 steigt das Gehalt des Personals in öffentlichen Krabbelgruppen und Kindergärten. Auch die privaten Träger drängen auf mehr Geld.

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Auf einen Gehaltsprung darf sich im Magistrat der Stadt Salzburg auch das Personal in öffentlichen Kindergärten und Krabbelgruppen freuen. Ab Jänner 2023 soll das Einstiegsgehalt von gruppenführenden Pädagoginnen und Pädagogen nach dem derzeitigen Verhandlungsstand um 500 Euro brutto steigen, Fachkräfte sollen um 300 Euro mehr verdienen und Zusatzkräfte können mit 200 Euro mehr rechnen. Am Freitag wurde der Erstentwurf des neuen Gehaltschemas für die insgesamt 3000 Magistratsbediensteten an die Landeslegistik übermittelt. Im August und September folgt die Feinjustierung. „Das höhere Ge-

halt für die 400 Pädagoginnen und Pädagogen ist eine langjährige Forderung der Personalvertretung und der Gewerkschaft und wird der anspruchsvollen Ausbildung der Fachkräfte gerecht“, sagt Walter Fuchsbauer, der Vorsitzende der Personalvertretung der Stadt Salzburg.

Angelehnt an das Lohnschema im Land und im Magistrat wollen auch die Gemeinden nachziehen. „Wir verhandeln im Gemeindeverband schon längere Zeit über ein neues Gehaltsschema für die Gemeindebediensteten“, sagt Präsident Günther Mitterer (ÖVP). Es sei wichtig, im öffentlichen Dienst auf ein einheitliches Schema umzustellen. „Sonst werben wir uns gegenseitig die Leute ab.“ Endlich gelte dann

auch in der Elementarpädagogik vom Land bis in die Gemeinden das gleiche Schema, betont auch Salzburgs Vizebürgermeister Bernhard Auinger (SPÖ). „Allerdings müssen wir uns dann etwas für das Personal der privaten Kinderbetreuungseinrichtungen einfallen lassen.“

30 Prozent der landesweit 4000 Beschäftigten in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen sind bei Privaten angestellt. Die Träger wirtschaften jedoch nicht gewinnorientiert, sondern ausschließlich gemeinnützig. Deren Personal wird jedoch nicht von der Gehaltserhöhung profitieren. Die Pädagoginnen und Pädagogen werden nicht nach dem Kollektivvertrag der Sozialwirtschaft Österreich entlohnt, sondern nach dem weniger attraktiven gesetzlichen Mindestlohntarif. Trotz einer seit 2016 vom Land gewährten Sonderförderung für das Personal in Höhe von monatlich 90 Euro pro Fachkraft, klafft zwischen den Einkommen in öffentlichen und privaten Einrichtungen eine Lücke, sie wird nun noch größer.

„Die Gehaltserhöhung ist eine sehr erfreuliche Entwicklung und eine große Chance für den Berufsstand“, betont Cornelia Ernst, Sprecherin der IG Kinderbetreuung. Diese Plattform vertritt die Interessen der privaten Träger, rund die Hälfte der 187 Einrichtungen ist freiwillig Mitglied. „Die Beschäftigten der Ge-

Cornelia Ernst und Wolfgang Gallei von der IG Kinderbetreuung setzen große Hoffnung in das Treffen mit Landesrätin Andrea Klambauer (Neos).

BILD: SN/ROBERT RATZER



meinnützig dürfen aber nicht vergessen werden.“ SPÖ-Gemeinderat Wolfgang Gallei, der Geschäftsführer des größten privaten Anbieters in der Stadt Salzburg, rechnet vor: Nach dem neuen Gehaltsschema verdiene eine gruppenführende Pädagogin in einer öffentlichen Einrichtung ein Einstiegsgehalt von 3200 Euro. Die Privaten könnten nur 2500 Euro bezahlen, also um 700 Euro weniger. Bei den Zusatzkräften betrage der Unterschied 500 Euro. Wie das Personal in den öffentlichen Kindergärten seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinnützigigen während der Pandemie extrem gefordert gewesen, ergänzt Ernst. „Auch sie sind erschöpft, es wäre für sie ein Schlag ins Gesicht, wenn die anderen jetzt mehr Gehalt bekommen und sie nicht.“

Bei einem Treffen mit Landesrätin Andrea Klambauer (Neos) am 10. August wollen Vertreterinnen und Vertreter aus privaten Einrichtungen ihre Situation darlegen. „Bisher haben 45 Pädagoginnen und Pädagogen aus 27 Einrichtungen ihr Kommen zugesagt“, betont Ernst. Die Träger

hätten große Hoffnung, dass das Land und die Gemeinden nicht nur an die eigenen Einrichtungen denken, sondern an die ganze Branche. Gallei ist zuversichtlich, dass die öffentliche Hand nicht nur für 70 Prozent des Personals mehr Geld in die Hand nimmt, sondern für alle. Die Gemeinnüt-

meinnützig. Kopfzerbrechen bereiten ihnen außerdem die hohe Inflation sowie die Steigerung bei den Miet- und Energiekosten. „Wir wollen und können die Mehrkosten in Zeiten der Teuerung nicht auf die Eltern abwälzen“, sagt Ernst. Zur Abfederung der Zusatzkosten brauche es ein

hend freistellen oder auf eine Stelle versetzen, wo sie keinen Kontakt zu Kindern unter drei Jahren haben. Vor allem Kinder in dieser Altersgruppe scheiden Viren aus, ohne Symptome zu zeigen. Hingegen dürfen schwangere Pädagoginnen in Gemeindekrabbelstuben weiterhin mit Kleinkindern arbeiten. Für die einen ist das zentrale Arbeitsspektrum zuständig, für die anderen gilt Landesrecht. Der Bund hat eine Regelung in Aussicht gestellt, die aber auf sich warten lässt. „Unsere Bitte an das Land ist, uns mit einer Sonderförderung aus dieser Klemme zu helfen, bis das bundesweit geregelt ist“, sagt Gallei. Pro schwangerer Pädagogin fallen für die Träger für die Freistellung Kosten in Höhe von 25.000 Euro an. Eine Entlastung brachte ab 2021 die covidbedingte Sonderfreistellung für schwangere Pädagoginnen, die Ende Juni ausgelaufen ist. Die Kosten trug die ÖGK, jedoch nur für nicht voll gegen Covid immunisierte Pädagoginnen. Das Land übernahm die Entgeltfortzahlung für die geimpften Schwangeren.

„Es wäre ein Schlag ins Gesicht, wenn nur ein Teil des Personals mehr verdient.“

Cornelia Ernst, Sprecherin der IG Kinderbetreuung

zigen könnten nur dann bei den Gehältern mithalten, wenn das Land und die Gemeinden die gesetzliche Förderung erhöhen.

Diese Notwendigkeit sieht auch Salzburgs Vizebürgermeister Auinger. Er werde versuchen, im Budget Mittel anzumelden. „Die Stadt kann den Deckel aber nicht schließen.“ Er könne sich vorstellen, dass die Träger, das Land und die Stadt je ein Drittel übernehmen, damit die Privaten bei den Gehältern gleichziehen können.

Die Kluft bei den Gehältern ist nicht die einzige Sorge der Ge-

Soforthilfepaket. Gallei nennt ein Beispiel: Bei mehreren der von Koko angemieteten 40 Immobilien sei die Miete heuer bereits drei Mal erhöht worden.

Ein drittes Thema, das die Privaten wirtschaftlich und organisatorisch belastet, wollen die Träger bei dem Termin mit Klambauer besprechen, auch wenn dieses Problem nur der Bund lösen kann. Das Stichwort lautet Zytomegalie. Um vorzubeugen, dass schwangere Pädagoginnen an dieser Infektionskrankheit erkranken, müssen Private sie seit 2019 auf eigene Kosten umge-

STAND
PUNKT
Barbara Haimerl



Es darf keine Verlierer geben

Endlich! Die Gehaltserhöhung für das Personal in öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen wird zwar nicht auf einen Schlag den Personalmangel beseitigen, sie ist aber ein Signal, auf das die Berufsgruppe seit Jahren wartet. Mehr Geld bedeutet mehr Anerkennung und mehr Anreiz, in den Beruf einzusteigen. Bei all der Euphorie darf nicht übersehen werden, dass die privaten gemeinnützigen Träger dadurch in eine noch stärkere wirtschaftliche Schieflage geraten als bisher, obwohl ihr Personal genauso gut ausgebildet ist, genauso ambitioniert arbeitet und die Gehaltserhöhung genauso verdient.

Die Träger haben aber schlichtweg nicht das Geld, um beim Gehalt mitzuhalten und den Unterschied zwischen 500 und 700 Euro auszugleichen. Zu Recht befürchten sie, dass Personal in öffentliche Einrichtungen abwandern wird. Dazu kommt, dass die Privaten die gestiegenen Miet- und Energiekosten selbst stemmen müssen. Ihnen stehen keine Gebäude der Gemeinde zur Verfügung.

Ohne Erhöhung der öffentlichen Förderung müssten viele ihr Angebot einschränken oder gar schließen. Besonders fatal wäre das in der Stadt Salzburg, wo die Politik die Kleinkindbetreuung vor Jahren an die Privaten übertragen hat. Verlierer wären aber auch berufstätige Eltern, die auf Kinderbetreuung angewiesen sind, und die Wirtschaft, die diese Eltern als Arbeitskräfte braucht.

BARBARA.HAIMERL@SN.AT

Daten & Fakten

Koko bietet Personal Extras an

Koko beschäftigt in zehn Tagesbetreuungseinrichtungen in der Stadt Salzburg 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um das Personal zu halten und neues zu gewinnen, bietet Koko Beschäftigten jetzt extra Team- bzw. Fallsupervision sowie Teambuilding-Aktivitäten an. Zur Betreuung von Kindern mit besonderem Bedarf wird mobile professionelle Fachbegleitung angeboten. Externe Profis unterstützen bei der Konzeptarbeit.

Für die Zusatzkräfte hat Koko ein Extrapaket geschnürt. Sie bekommen je nach Dauer der Dienstzugehörigkeit einen bis fünf zusätzliche Urlaubstage. Außerdem können sich die Zusatzkräfte im Betrieb zur „Zusatzkraft Plus“ weiterentwickeln und erhalten dann bei einer Vollzeit-anstellung 150 Euro brutto zusätzlich. Dazu kommen zwei Stunden Vorbereitungszeit pro Woche. Der Tätigkeitsbereich wird ausgeweitet. Interne Fortbildung wird angeboten.